

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmondo-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzuzurechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben zu erlassen geruht:

Lieber Herr Erzherzog Rainer. Indem Ich Sie auf Ihren Wunsch von der Leitung der Geschäfte des Ministerrathes und des Präsidiums in demselben enthebe, fühle Ich Mich angenehm bewogen, Euer Liebster für den erfolgreichen Eifer und die Hingabe, mit welcher Sie in dieser Stellung Mir und dem Staate die wichtigsten Dienste geleistet haben, Meine dankbare Anerkennung auszusprechen.

Laiburg, am 22. Juli 1865.

Franz Joseph m. p.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben nachstehendes Allerhöchstes Handschreiben zu erlassen geruht:

Lieber Freiherr von Krauß. Indem Ich Sie über Ihre Bitte von der Stelle des Ersten Präsidenten Meines Obersten Gerichtshofes in Gnaden enthebe und Sie in den wohlverdienten bleibenden Ruhestand versetze, finde Ich Mich bewogen, Ihnen für die durch 57 Jahre Meinen Vorfahren, Mir und dem Staate geleisteten ausgezeichneten Dienste Meine vollste Anerkennung auszusprechen.

Wien, am 24. Juli 1865.

Franz Joseph m. p.

Der feierliche Schluß des Reichsrathes wird in Gegenwart der beiden vereinigten Häuser Donnerstag den 27. Juli d. J., Vormittags 11 Uhr, durch Se. Kaiserliche Hoheit den durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Ludwig Viktor als Allerhöchst benannten Stellvertreter Sr. k. k. Apostolischen Majestät im Ceremoniensaal der Hofburg stattfinden.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 25. Juli.

Der plötzliche und unerwartete Schluß der Reichs- rathsessession hat, wie alle Blätter übereinstimmend melden, unter den Abgeordneten nicht geringe Überraschung hervorgerufen. Auf das ministerielle Interim folgt nunmehr eine parlamentarische Pause — die umso weniger in Aussicht stand, als man die Befürirung des Kreditgesetzes mit Sicherheit noch erwartete. Wir glauben daher, daß an dem Gerüchte etwas Wahres sein mag, demzufolge das neue Ministerium gesonnen sein soll, den gegenwärtigen Reichsrath zum Zwecke der Kreditvotirung im September dieses Jahres neuerdings einzuberufen.

Wie dem auch sei, die letzte Sitzung des Abgeordnetenhauses hat stattgefunden und der „Botsch.“ knüpft daran folgende Betrachtung: Der Sessionsschluß darf diesmal allerdings eine größere Bedeutung in Anspruch nehmen, da eine neue Regierung in's Amt treten soll, deren Absichten und Richtung noch gänzlich unbekannt sind, und wir daher nicht in voller Kenntniß der wahrscheinlichen Situation der nächsten Zukunft den Reichsrath scheiden sehen. Mit welchen Hoffnungen hat dieser Reichsrath seine Session begonnen, wie zukünftiger ging er an sein Werk, welche Überfülle von Machtbewußtsein war in ihm verkörpert, und kam oft genug zum überschwänglichen Ausdruck! Und wie scheidet er? Mit der zaghaf- ten Frage eines seiner Mitglieder, ob und wie sich die Volksvertreter in jenem Hause wieder begegnen werden? Wir hoffen und erwarten, daß es geschieht — so lautet der Trost, welchen Freiherr v. Prato- bevera sich und seinen Genossen gab. Eine scheue

Antwort auf eine schene Frage! Wie sonderbar klangen uns die Worte gerade aus dem Munde dieses Mannes, welcher jene siegeszuversichtlichen Kämpfe in hervorragender Weise mitgekämpft, deren Resultat die Situation von Heute ist. Seine Worte klangen wie eine Elegie — auf wen? Sie schien dem Reichsrathe zu gelten; doch nicht auch der Genesis der heutigen Situation?

Auch die „N. Fr. Pr.“ ruft den scheidenden Abgeordneten eben kein freundliches Lebewohl zu, sie schreibt: Das Abgeordnetenhaus hat seit dem Ausbruch der Ministerkrise auf jede politische Rolle verzichtet. Die Krise vollzog sich unabhängig von ihm, und das Haus erhob sich nicht mehr aus der inferioren Stellung, in welche es dadurch gerathen war. Bei der Schlussberathung über das Budget hätte es noch naturgemäß den Anlaß gehabt, eine Position zu der neuen Wendung der Dinge zu nehmen. Es nahm sie nicht. Kaum das sechs Abgeordnete sich für Skeene's Antrag, das Budget nicht abgesondert vom Kredit zu bewilligen, erhoben; alle Andern gelobten sich, bei der Kreditsfrage die Krise in die Debatte zu ziehen. Die Botschaft des Sessionsschlusses hat ihnen nun das Wort abgeschnitten. Doch nein, wir müssen noch mehr sagen. Da der Sessionsschluß für Donnerstag angesetzt worden, so hatte das Abgeordnetenhaus noch immer zwei Tage vor sich. Es wollte aber resignieren und erklärte seine heutige Sitzung für die letzte. Wir möchten nicht bitter werden und einer Versammlung, deren Bestrebungen zu fördern wir stets für eine heilige Pflicht der Partei hielten, nicht in dieser Prüfungsstunde noch etwas Böses nachsagen; aber das können wir ihr nicht ersparen, daß wir nach der abgelegten letzten Probe von ihrem politischen Scharfbliek keine hohe Meinung hegen. In den letzten Tagen seiner Session stand dieses Abgeordnetenhaus tief, sehr tief unter der Aufgabe, die ihm beschieden war. Es hätte sich wol geziemt, daß die Majorität dieses Hauses der hinter ihr stehenden Partei ein anderes politisches Andenken hinterlassen hätte, als die dürfsten Schlussphrasen der letzten Sitzung.

Begreiflicherweise wendet sich die Spannung des Publikums der Thronrede zu, welche Se. k. Hoheit Erzherzog Ludwig Viktor am 27. d. M. verlesen wird. Wir sehen mit festem Vertrauen den empochemachenden Worten der Rede entgegen und hoffen, daß, welchen Systemwechsel sie auch verkünden mag, das neue System die berechtigten Wünsche der Völker mit der Reichseinheit und Machtstellung Österreichs ausgleichend zu verbinden bestrebt sein werde.

31. Sitzung des Herrenhauses

vom 22. Juli.

(Schluß.)

Auf der Tagesordnung steht noch der Bericht der Kommission über die von dem Grafen Leo Thun aus Anlaß des Finanzgesetzes zu fassende Resolution, betreffend die Erhöhung der Steuern und die Benützung des öffentlichen Kredits.

Berichterstatter ist Ritter v. Pipiz.

Die Kommission beantragt Übergang zur Tagesordnung.

Präsident eröffnet die Generaldebatte.

Fürst Windischgrätz bedauert, dem Antrage der Kommission nicht beizustimmen zu können, weil er als Endpunkt der Finanzdebatte die Resolution des Grafen Thun als unabeweisbares Bedürfniß betrachte. Uebrigens könne er sich auch nicht mit der Motivierung der Kommission einverstanden erklären. Die Kommission verlangt Aufschlüsse über die als nothwendig erklärten Änderungen in der Verwaltung; dies könne aber nicht Aufgabe des Hauses sein, vielmehr würde er in solchen Aufschlüssen eine Pression auf die Exekutive sehen. Er habe gehofft, daß der

Antrag des Grafen Thun, als selbstverständlicher, keiner weiteren Debatte unterliegen werde, da dies aber doch der Fall ist, so wolle er motiviren, weshalb er gegen die Kommission stimmen werde. Er sei kein Feind von der Theorie der Theilung der Verantwortlichkeit nach der Aufgabe, welche dem Herrenhause zu Theil wurde.

Redner hat die Hoffnung, einst geordnete Finanzzustände zu finden, aber dazu sei ein Plan nothwendig über die Schritte, die von der Regierung zu diesem Ziele unternommen werden, und er glaube, einen solchen habe die gegenwärtige Regierung gar nicht. Er hält den Antrag für eine innere Angelegenheit des Hauses, indem dieses durch die Resolution seinen Standpunkt präzisiren wolle.

Fürst Salm: Die Kommission habe im Prinzip dem Antrag des Grafen Thun beigestimmt, um so unbegreiflicher ist der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung. Die Kommission bemerkte, daß eine Erhöhung der Steuern in Zukunft nicht zu den Unmöglichkeiten gehören. Dies seien hohle Worte, welche den Antrag nicht entkräften, welche sich auf die gegenwärtig obwaltenden Umstände beziehen.

Redner bekämpft die Ansicht der Kommission, als ließe der Antrag die Auslegung zu, als wolle das Haus eine Bedingung aussprechen, an welche es die Beistimmung zu dem Budget des nächsten Jahres knüpft. Diese Auslegung sei nach dem Wortlaut des Antrages gar nicht möglich, welcher blos eine Erwartung, eine fromme Hoffnung ausspricht. Selbst zwischen den Zeilen könnte man eine solche Auslegung nicht herauslesen. In dem Antrage liege nichts Zweideutiges und es würde der Würde des Hauses nur entsprechen, wenn es durch die Annahme der Resolution zeigen würde, daß es sich seiner Stellung bewußt ist. Eine neue Regierung, welche man erwarten könne, werde gewiß den Beschluss mit Freuden begrüßen, weil sie in demselben einen Wink für ihr Vorgehen, nicht aber eine Drohung erblicken wird.

Graf Rechberg: Er frage, was man mit der Resolution eigentlich bezwecke? Er möge den Antrag des Grafen Thun drehen und wenden, wie er wolle, er könne den Zweck nicht entdecken. Schon deshalb würde er gegen denselben stimmen, aber ihn leiten noch mehrfache andere Gründe. Der erste Punkt der Resolution spreche von der Unmöglichkeit einer Steuererhöhung. Dies in den klaren Worten der Resolution auszusprechen, würde er nicht für zulässig halten, schon deshalb, weil das Haus sich dadurch die Hände für die Zukunft bindet, wenn es dann auch vielleicht nicht gerne einer neuen, ihm vorgelegten Steuer zustimmen wollte. Es sei auch nicht möglich, im Vorhinein auszusprechen, das Haus werde seiner neuen Steuer zustimmen, wenn diese auch vielleicht zur Herstellung des Gleichgewichtes des Staatshaushaltes nötig würde. Unzulässig sei auch diese Resolution, weil dadurch der künftigen Session präjudizirt würde, ein Vorgehen, das dem Hause bisher fremd war. Die Resolution wäre auch ein Misstrauensvotum für die neue Regierung, anders könne er es sich nicht denken, wenn man dieser im Vorhinein erklärt, nur wenn sie ihre Vorlagen in einer gewissen Form bringt, werde das Haus denselben zustimmen.

Redner findet, daß diese Resolution im Widerspruch mit §. 10 der Verfassung stehe, weil eine Bedingung ausgesprochen wird, unter welcher das Haus Regierungsvorlagen in Verhandlung nehmen wolle.

Fürst Colleredo: Er sei nicht im Stande, in der Resolution das zu erblicken, was man hineinlegen will. Weder für die gegenwärtige, noch für die künftige Regierung könne er darin ein Misstrauensvotum sehen. Er schließe sich der Ansicht des Fürst Salm an.

Freiherr v. Lichtenfels: Man könne die Resolution nur beurtheilen, wenn man sich die Nede

vor Augen hält, mit welcher Graf Thun dieselbe motivirte.

Nedner geht in eine Kritik dieser Rede ein. Graf Thun hat behauptet, das Budget müsse um 32 bis 40 Millionen reduziert werden, er halte diese Berechnung für eine willkürliche. Wenn man selbst mit den Ziffern des Grafen Thun rechnet, so ergebe sich nicht ein Defizit von 12 Millionen, wie er berechnete, sondern ein Plus von 8-8 Millionen. Dies röhre daher, daß Graf Thun jährlich 20 Millionen für Abstozung der Schulden unter die Ausgaben stellt. Dies sei aber keine jährlich wiederkehrende Ausgabe, denn, wenn man nicht aus den Einnahmen die Schulden zahlen kann, sondern dazu Kredite in Anspruch nimmt, so sei dies nur eine Konvertierung der Schuld. Mehrere Ansätze, welche damals Graf Thun machte, findet Nedner ungerechtfertigt und zeigt, daß bei dieser Rechnung eine Herabminderung des Budgets um 32 bis 40 Millionen durchaus nicht nothwendig erschien.

Auf die Resolution selbst übergehend, bemerkt Nedner, er halte es für ebenso nutzlos, als unzulässig, auszusprechen, daß die Steuern einer Erhöhung nicht mehr mächtig sind. Nutzlos, weil darüber das Haus bei etwaigen Vorlagen sich auszusprechen haben wird (dabei müsse man bedenken, daß ein Steuerreformgesetz dem Reichsrath vorliege), unzulässig aus den vom Grafen Rechberg angeführten Gründen, welchen er sich anschließe. Wenn gesagt wird, das Gleichgewicht sei von wesentlichen Änderungen im Heere und in der Verwaltung abhängig, so bemerke er, es gebe noch ein drittes Mittel, nämlich Hebung des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft. Dieser Satz sei also mindestens einseitig. Am unzulässigsten sei es aber, auszusprechen, daß eine fernere Benützung des Kredits sich nur dann rechtfertigen lasse, wenn dadurch in wenigen Jahren das Gleichgewicht hergestellt würde. Nunnt das Herrenhaus dieses an, dann muß es konsequent bei der nächsten Kreditvorlage, wo nicht nachgewiesen wird, daß das Gleichgewicht in der nächsten Zeit hergestellt würde, diese zurückweisen. Die Folge davon wäre, daß die Staatsklassen zu zahlen aufhören.

Ob das Herrenhaus auf diese Weise seinen Standpunkt präzisiren und dadurch das öffentliche Vertrauen erschüttern will, überlasse er der Beurtheilung des Hauses; er werde aus den angeführten Gründen gegen die Resolution stimmen.

Graf Thun: Ein Hauptzweck seines Antrages war, eine Diskussion über die Finanzlage hervorzurufen, dieß sei ihm gelungen. Er wolle nicht auf die Ansicht des Vorredners eingehen, wer Recht hat, ob dieser oder er selbst, werde die Zukunft lehren, er hoffe, daß die nächste Budgetvorlage seine Ansichten bestätigen werde. Es scheine ihm, als ob der größte Widerstand gegen seinen Antrag daher röhre, daß man fürchtet, den öffentlichen Kredit zu beeinträchtigen. Kredit zu erlangen gibt es zwei Wege, entweder sich den Anschein zu geben, als sei man wohlhabend, und das Geld zu nehmen, wo man es findet, oder offen und klar einem bewährten Geschäftsfreunde seine Lage darzustellen und zu zeigen, daß man durch eine neue Operation zahlungsfähig bleiben werde. — Er ziehe den zweiten Weg vor und halte es für seine Pflicht, als Mitglied des Hauses, dieß offen anzusprechen. Dies sei die Idee seiner Resolution. Es sei übrigens mit der Würde des Hauses vereinbarlich, der Regierung einen Fingerzeig zu geben für den Weg, den sie gehen möge. Eine parlamentarische Körperschaft könne der Regierung keinen schlechteren Dienst leisten, als wenn sie derselben das Schuldenmachen leicht mache.

Nedner weist auf die Geldverhältnisse und auf die Klage hin, daß man zu produktiven Zwecken kein Kapital finde und sagt, dieß sei nicht zu verwundern, so lange man an dem System des Schuldenmachens festhalte. Die Kapitalanlage in Staatspapieren ist rentabler als die Anlage zu produktiven Zwecken, doch wer zahlt den Gewinn? Der Staat oder eigentlich der Steuerträger. Oesterreich ist der Hort des Rechtes und, so wie es geschehen, würden die Fälle wieder vorkommen, daß man sich vereint gegen Oesterreich wenden wird, dann wird Oesterreich, wie früher, nur durch seine zähe Widerstandskraft diesen feindlichen Bestrebungen entgegentreten können. Doch woher soll es diese Kraft nehmen, wenn die Grund besitzenden Klassen geschwächt sind? — Nedner bekämpft die Ausführungen des Kommissionsberichtes in eingehendster Weise und empfiehlt seinen Antrag.

Kardinal Rauch: Aus seiner früheren Rede über die Finanzlage wird das hohe Haus entnehmen, daß er in Vielem mit dem Vorredner übereinstimme. Aber nicht nur er, das ganze Haus, ja ganz Oesterreich stimme damit überein. Nedner wünsche Erfassungen, jeder sehe ein, daß dieß nur durch wesentliche Änderung in der Verwaltung möglich sei, Jeder wisse, daß das Schuldenmachen zu so theneren Perzenten ein Unglück sei; aber eben weil diese Dinge selbstverständlich seien, könne man dem Hause nicht vorschlagen, sie feierlich auszusprechen. Das unter den ge-

gewölkten Umständen eine Erhöhung der Steuern nicht möglich, wenigstens nicht ratsam ist, werde Niemand bezweifeln, aber eben so gewiß sei, daß die Zeit kommen kann, wo ohne Gefährdung eine solche Erhöhung eintreten kann. Daz Abstriche allein nicht zu dem gewünschten Ziele führen, werde Jeder einsehen, daß daher wesentliche Änderungen in der Verwaltung nothwendig werden, wenn man das Gleichgewicht anstrebt, sei selbstverständlich. Aber insoweit das Haus nicht weiß, was unter diesen Änderungen verstanden sein soll, könne es sich diesen Ausdruck nicht aneignen. Ebensowenig könne er dem dritten Punkte über die fernere Kreditbenützung bestimmen. Denn soll dieser Punkt nicht eine Bedingung für die Zukunft sein, so ist er eben nur der Ausdruck eines Wunsches, den Alle hegen, nämlich nicht in die Lage zu kommen, Kredite bewilligen zu müssen, aber man könne dem Hause nicht empfehlen, diesen Wunsch so feierlich auszusprechen, wie dieß durch einen Beschluss geschehen würde. Er stimme für den Kommissionsantrag.

Finanzminister Edler v. Blumer wendet sich namentlich gegen den Vorwurf der Planslosigkeit, welcher der Verwaltung der Finanzen gemacht wurde, und wirft einen Rückblick auf die finanzielle Lage, wie sie von dem gegenwärtigen Ministerium übernommen wurde. Die Verhältnisse der Bank waren zerrüttet, dem wurde durch die Bankalte ein Ende gemacht. Die Herstellung der Valuta wird eine Folge dieser Maßregel sein, und es ist eine Ehrenpflicht für Oesterreich, die Bankalte aufrecht zu erhalten. Die gegenwärtige Regierung übernahm ein Militärbudget von mehr als 160 Mill., einen Schuldenstand von mehr als einer Milliarde und den bewaffneten Frieden in Benedig, dazu kam die Mißernte in Ungarn, welche 20 Mill. kostete und weitere 20 Mill. an Rückläden verschlang, und der schleswig-holsteinische Krieg.

Das nötige Geld mußte beschafft werden, und es ist natürlich, wenn es bei diesen Verhältnissen nicht zu günstigeren Bedingungen geschah. Es ist auch nicht zu wundern, daß Bedingungen gestellt wurden, welche in ihren Rückwirkungen auf die Privatverhältnisse nicht günstig sein könnten. Man wirft der Regierung Planslosigkeit vor, sagt, sie lebe von der Hand in den Mund und weist dabei auf die letzte Kreditoperation hin. Diese ging nicht von der Regierung, sondern aus der Initiative des anderen Hauses hervor; die Regierung hatte einen Plan zur Beschaffung der zur Bedeckung der Bankschuld und der anderen Bedürfnisse für die beiden Jahre 1865 und 1866 vorgelegt. Die Regierung hat auch den Plan zur Herstellung des Gleichgewichtes ausgearbeitet; es ist aber erst mit Ende 1866 an diese Herstellung zu denken, da die Bankschuld die Hauptursache der Störung des Gleichgewichts ist. Es ist das Los der Finanzverwaltung, daß ihr alle Fehler anderer Verwaltungszweige auf den Hals gewälzt werden, weil bei ihr die Kreditoperationen oder Steuererhöhungen zum Ausdruck kommen. Der Minister weist auf einen Ausspruch Necker's hin, welcher sagte, die Lage des Finanzministers sei so wenig bekannt, daß über denselben die unrichtigsten und ungerechtfertigsten Klagen erhoben werden. Auf den Gegenstand der Tagesordnung übergehend, bemerkt der Minister, die Resolution heiße nichts Anderes, als das Haus möge beschließen, daß es in Zukunft etwas beschließen werde. Wenn die betreffenden Vorlagen dem Hause werden gemacht werden, werde es wohl das Rechte treffen. Er könne dem Hause daher nur die Annahme der Kommissionsanträge empfehlen.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird zur Abstimmung geschritten und der Antrag der Kommission (Übergang zur Tagesordnung) mit großer Majorität angenommen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

91. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 24. Juli.

Auf der Ministerbank: Sektionschef v. Kalchberg, Finanzrat Mayer, Ministerialsekretär Kolbensteiner (Handelsministerium.)

Nach Verlesung des Protokolls werden die Einläufe mitgetheilt. Darunter befindet sich eine Buzschrift des Handelsministeriums, mit welcher ein Gesetz, betreffend die böhmische Nordbahn, zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt wird.

Abg. Hanisch beantragt, sogleich die erste Lesung dieses Gegenstandes vorzunehmen und denselben als dringlich zu behandeln.

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg unterstützt diesen Antrag in Berücksichtigung der sehr vorgerückten Session.

Die Dringlichkeit wird anerkannt.

Abg. Hanisch beantragt, die Vorlage dem Ausschüsse für die Prag-Egerer Bahn zuzuweisen und denselben anzuweisen, in der morgigen Sitzung seinen Bericht zu erstatte (Oho!), ebenso sei von der Drucklegung des Berichtes Umgang zu nehmen. (Urruhe.)

Es sei dieß um so eher möglich, als diese Unternehmung keine Staatsgarantie in Anspruch nimmt.

Dieser Antrag wird mit 62 gegen 58 Stimmen abgelehnt.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Stempelpflichtigkeit der Fachblätter.

Berichterstatter ist Abg. Simonowitz.

Der Ausschuss empfiehlt die Annahme der Regierungsvorlage, welche normirt, daß Fachblätter von der Verpflichtung zur Entrichtung des Zeitungstempels dann befreit sein sollen, wenn ihre Ankündigungen sich auf Gegenstände ihres Faches beschränken.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Steffens berichtet Namens des Ausschusses über das Gesetz, betreffend die Portofreiheit, welches vom Herrenhause dahin amendiert wurde, daß auch die Amtskorrespondenz der Mendikanten-Konvene portofrei sein soll.

Der Ausschuss befürwortet, diesem Amendement beizutreten, da es sich um eine Amtskorrespondenz handle.

Abg. Schindler fragt, was eigentlich die Amtskorrespondenz der Mendikantenklöster sei? Wenn sie Pfarreien oder andere Aemter versehen, dann stehe ihnen die Portofreiheit schon nach Art. I des Gesetzes zu.

Abg. Albert Eder bemerkt, es handle sich um Personal- und innere Angelegenheiten der Orden.

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg bemerkt, es entstehen derartige Korrespondenzen, wenn die Kloster mit der Seelsorge betraut sind.

Der Ausschusstantrag wird hierauf angenommen und das Gesetz in der neuen Fassung in dritter Lesung endgültig zum Besluß erhoben.

Abg. Herbst kommt auf die von der Regierung eingebrachte Vorlage, betreffend die böhmische Nordbahn zurück. — Da die Angelegenheit eine Lebensfrage für Böhmen ist und die Regierung sie als dringlich bezeichnet, möge die erste Lesung gleich vorgetragen werden. Er beantrage einfach die Zuweisung an den Prag-Egerer Eisenbahnausschuß mit Beglaßung jedes besonderen Auftrages.

Der Antrag wird angenommen.

Es folgen Berichte des Petitionsausschusses.

Die Abg. Brokisch, Ofner referieren über eine Reihe von Petitionen von untergeordneter Bedeutung, welche über Antrag des Ausschusses den betreffenden Ministerien größtentheils zur Berücksichtigung empfohlen werden.

Präsident: Ich habe dem hohen Hause die Mittheilung einer Buzschrift zu machen, welche mir im Augenblicke von Seite des kaiserlichen Ministerpräsidiums zugekommen ist, lautend: (liest)

„Se. l. l. Apostolische Majestät haben mir allernächst zu eröffnen geruht, daß der Schluß des dermaligen versammelten Reichsrathes am Donnerstag den 27. d. M., Vormittag um 11 Uhr, im Ceremoniensaal der k. k. Hofburg mit derselben Feierlichkeit stattfindet, wie jener vom 15. Februar 1864 vor sich ging.

Ich beehre mich, das lobliche Präsidium hievon zur weiteren gefälligen Einleitung in die Kenntnis zu setzen.“

Graf Mensdorff m. p.

Nach Mittheilung dieser Buzschrift erlaube ich mir die Frage an das h. Hause zu stellen, nachdem für die nächsten zwei Tage kein Verhandlungsgegenstand vorliegt, außer den etwa noch unerledigten Petitionsausschusserichten, ob das h. H. noch eine weitere Sitzung zu halten gesonnen ist oder nicht (Rufe: Nein!) Wenn die Herren einverstanden sind, daß hiermit die Sitzung geschlossen werde, so bitte ich Sie, sich zu erheben. (Geschieht). Ich muß demgemäß das Protokoll der heutigen Sitzung vorlesen lassen und ich bitte die Herren um einige Augenblicke Geduld, bis der Herr Schriftführer in der Lage ist, dasselbe zur Vorlesung zu bringen.

Abg. Mende bittet als Obmann des Petitionsausschusses das Hause um die Ermächtigung, analog dem Vorgange in früheren Jahren, die noch unerledigten Petitionen selbstständig erledigen zu dürfen.

Präsident bemerkt, seines Erinnerns sei dies in den Vorjahren nur rücksichtlich jener Petitionen beschlossen worden, welche an ein Ministerium oder an eine Zentralstelle zu leiten sind.

Abg. Mende erwiedert, daß es sich eben nur um solche Gegenstände handelt. (Der Antrag wird angenommen).

Abg. Freiherr v. Pratovec: Ich würde mir erlauben, meine Herren, nachdem wir nun an den Schluß unserer Session gelangt sind, in Ihrer Aller Namen unsern Dank dem verehrten Herrn Präsidenten und dem ganzen Präsidium des h. Hauses auszusprechen für die, mitunter bei stürmischen Debatten, uns zu Theil gewordene freundliche und wohlwollende Leitung. Ob und in welcher Weise wir uns in diesem Hause wieder begegnen werden, das ist uns heute

wohl noch ein Rätsel (Oh!), doch wir hoffen und erwarten, daß es geschieht!

Präsident: Erlauben Sie mir, meine Herren, daß ich noch, bevor das Protokoll vorgelesen wird, zum Schlusse einige Worte an Sie richte.

Zunächst danke ich Ihnen ebenfalls herzlich für die freundliche Weise, mit der Sie mir und meinen beiden Herren Kollegen in der Leitung des h. Hauses stets entgegenkommen sind.

In der üblichen Weise einen Rückblick auf die Thätigkeit des Hauses im Einzelnen zu werfen, dürfte vielleicht das h. Haus nicht geneigt sein. Ich wäre auch wirklich in diesem Momente, wo mir die eben mitgetheilte Nachricht zugekommen ist, nicht im Stande, eine solche detaillierte Uebersicht zu liefern. Indessen glaube ich, daß das h. Haus auf seine Thätigkeit im Allgemeinen und namentlich nach zwei Richtungen hin mit Befriedigung zurückblicken kann. Die eine ist die finanzielle. Das Haus hat, was Ersparungen im Staatshaushalte anbelangt, das Mögliche gethan und Vieles effektiv auch erreicht. Die zweite ist die national-ökonomische, indem das h. Haus in einer der wichtigsten Fragen der heutigen Zeit, nämlich das Verkehrswesen betreffend, nach seinen Kräften dahin gewirkt hat, um das Reich mit Eisenbahnen möglich auszustatten.

Ich für meinen Theil halte einen solchen Akt nach der Auffassung, die ich von der Wirkung der Eisenbahnen überhaupt habe, nicht bloß im Allgemeinen, sondern in Bezug auf Österreich speziell zugleich für einen kultur-politischen, ja für einen politischen im Allgemeinen, denn sie sind vor Allem die Mittel, mit den Frachtgütern die Menschen zu einander zu führen und sie so zum Bewußtsein Desjenigen zu bringen, was uns vor Allem Noth thut, nämlich zum Bewußtsein der Zusammenghörigkeit, der Verbindung durch die Gemeinsamkeit der Interessen. (Beifall.)

Diese Art der Thätigkeit ist mir zugleich ein Symbol für die Thätigkeit des Hauses, welche es für alle Folgen haben wird. Es wird gewiß immer auf dem Boden der Verfassung bereit sein, alles Dasjenige gerne zu thun (lebhafte Beifall), was zur Verbindung und Befriedigung der Interessen aller Völker dieses Reiches nothwendig und dienlich ist. Zugleich aber ist dieser Boden für das h. Haus sein Recht und seine heilige Pflicht. (Beifall. Rufe: So ist es!)

Möge die Verfassung unter dem Schutze des Himmels und begleitet von der Weisheit und Kraft des Monarchen weiter gedeihen! Mit diesem Schlusse verbinde ich zugleich den Ruf: Es lebe unser allernächtigster Kaiser und Herr! Hoch! (Die Versammlung stimmt laut in den dreimaligen Hoch-Ruf des Präsidenten ein.)

Ich habe nun noch den formellen Schluss der Sitzung vorzunehmen, indem ich das Protokoll zur Verlesung bringe.

Nach einer kurzen Unterbrechung wird das Protokoll der heutigen Sitzung vom Schriftführer vorgelesen und genehmigt, worauf die Sitzung um 12 Uhr 40 Minuten geschlossen wird.

Oesterreich.

Wien, 24. Juli. (G. C.) In auswärtigen Blättern begegnet man seit einigen Tagen der Mel- dung, die preußische Regierung habe der österreichischen aus Eigenem eine Abschlagszahlung auf die aus- hostende Kriegskosten-Entschädigung geleistet.

So wie diese Notiz neuestens schon von preußischen offiziösen Stimmen als eine müßige Erfindung bezeichnet wurde, so können wir ebenfalls versichern, daß von einer Kombination, wie die eben erwähnte, auch nicht entfernt die Rede gewesen ist.

Pest. „Sürgöny“ veröffentlicht drei Abschiedsschreiben, welche Se. Exzellenz Graf Moriz Pálffy 1. an die Leiter der Komitate und Distrikte und die Bürgermeister der königlichen Freistädte, 2. an den Statthaltereirath und 3. an sämtliche Erzbischöfe und Bischöfe Ungarns richtet. Se. Exzellenz spricht darin die Anerkennung aus, daß die ruhige Auffassung und die gehörige Würdigung der Reichsinteressen, ohne welche eine schönere Zukunft Ungarns gar nicht denkbar, in den Gemüthern seiner Landsleute Wurzel gesetzt habe.

Rusland.

Dresden, 23. Juli. Bei dem Leichenzug des Hofopernsängers Schnorr von Coroldsfeld hielt Herr Hoftheater-Intendant Könneritz die Leichenrede. Von den anwesenden Sängervereinen erschien nur der Wiener Männergesangsverein in corpore; von diesem wurde das Grableid gesungen.

Berlin, 23. Juli. Eine Arbeiterversammlung wählte heute ein aus Schulzianern und Lassallianern

zusammengesetztes Comité zur Berufung einer Massenversammlung behufs Wahrung des Vereinsrechtes.

— Die „Norddeutsche Allgemeine“ vergleicht das Abgeordnetenfest mit den Reformbanketten unter Ludwig Philipp, und erinnert daran, daß durch diese Bankette die Bewegung hervorgerufen worden, die den Julithron gestürzt. Natürlich will das Bismarck'sche Blatt mit solchen Vergleichungen eine heilsame Angst in höheren Regionen wecken. Es ist das aber eben so frivol wie — überflüssig.

Paris, 20. Juli. Die „Patrie“ demonstriert entschieden die von der „Pall-Mall-Gazette“ von London gegebene Nachricht, daß Kaiser Maximilian nächstens ein Dekret veröffentlichen werde, durch welches die Provinzen Sinoloa, Sonora und Durongo an Frankreich abgetreten würden.

— 20. Juli. Die Weinernte verspricht hauptsächlich glänzend auszufallen, und in Burgund hofft man, wie in dem berühmten Jahre 1822, die Lese schon Ende künftigen Monats beginnen zu können.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 26. Juli.

Die gestern an der Musikschule der philharmonischen Gesellschaft abgehaltene Prüfung lieferte recht erfreuliche Resultate. Die Leistungen der Schüler in der Violine, wie am Klavier waren recht brav, am letztern Instrumente mitunter ganz überraschend, und spendete das zahlreich anwesende Auditorium den einzelnen Vorträgen vielfachen ermunternden Beifall, der natürlich ebenso sehr dem ersprießlichen Wirken und thätigen Eifer der Lehrer, als den bei den Schülern wirklich erzielten Erfolgen galt. Dass die Vorträge der Violinschüler vielleicht minder befriedigt haben, als jene der Zöglinge am Klavier, ist uns sehr leicht begreiflich und kann durchaus nicht zu einer ungünstigen Beurtheilung der ersten veranlassen, da bei denselben es wesentlich die hin und wieder hörbaren ureinen Töne waren, welche, theils durch die erklärende Besangenheit des Schülers, theils durch die im Saale herrschende hohe Temperatur und die hierdurch erschwerete Behandlung des Instrumentes hervorgerufen, den guten Eindruck einer sonst korrekten Leistung theilweise beeinträchtigten, während die Tonbildung bei den Schülern am Klavier von ihnen selbst unabhängig, der Ton vielmehr ein gegebener ist. Dass die Violinschüler in der Technik des Spieles schon gute Fortschritte gemacht haben, beweist der Umstand, daß es dem Lehrer Herrn Zappe möglich war, in dem zum Vortrage gelungenen Haydn'schen C-Dur-Quartett (2. Satz) die beiden Violinstimmen durch 2 seiner Schüler spielen zu lassen, was gewiß keine geringe Aufgabe ist.

Aus dem vom Gesellschafts-Sekretär Dr. Kessabacher vorgetragenen Berichte über die Schule entnehmen wir, daß dieselbe im Vergleiche zum Vorjahr um 36 Schüler mehr zählte, u. z. genossen den Violinunterricht 13, jenen im Gesange 27 und am Klavier 29 Schüler. Von diesen kamen im Laufe des Schuljahres aus verschiedenen Ursachen, vorzugsweise aber in Folge Domizilsveränderung und durch Übertritt von Gesangsschülern zum Männerchor im Ganzen 12 in Absatz, so daß am Schlusse des Schuljahres die Zahl der Schüler 57 betrug. Von denselben wurden gestern mit Prämien belohnt: Die Violinschüler Johann Püchler und Guido Schneider, ferner die Klavierschülerinnen Frid. Strehle und Bertha Wradatsch.

In den Schlussworten des Direktors Herrn Dr. Schöppl hob derselbe die ungewöhnliche Theilnahme hervor, welcher die Gesellschaftsschule sich schon dermal zu erfreuen hat und welche bereits die Anstellung eines Aushilfslehrers nothwendig machte. Er bedauerte umso mehr, daß die Ablegung von Proben der Gesangsschüler durch eingetretene Erkrankung einer großen Zahl derselben vereitelt wurde, als die Ausbildung von Gesangsschülern die vorzüglichste Aufgabe des Musikinstitutes ist. Nach einigen verdienten Dankesworten an die Lehrer Herren Zappe, Hornik und Zeiter stellte Herr Dr. Schöppl an die Mitglieder der Gesellschaft und an jene Anwesenden, welche sonst noch der Prüfungsproduktion bewohnten, die Bitte, es mögen die Anmeldungen zum Unterricht für das kommende Schuljahr bereits Mitte August erfolgen, damit die Direktion in die Lage komme, rechtzeitig für genügende Lehrkräfte Sorge zu tragen.

— Das für heute bestimmte Fest im Casino-Garten wird wegen eingetretener ungünstiger Witterungsverhältnisse auf einen der folgenden Tage übertragen. (Wir verweisen auf das heutige Inserat).

— Montag Abends veranstalteten die Schüler der achten Gymnasialklasse vor ihrem Abgang zu den verschiedenen Berufsstudien am „grünen Berge“ ein Abschiedsfest, wobei die Musikkapelle des Inf.-Regt. v. Gesiner die beliebtesten Musikstücke vortrug. Die

Zwischenpausen wurden mit Gesang und zahlreichen Toasten ausgefüllt, unter welchen besonders der auf die drei jugendlichen Verfasser (Schüler der achten Gymnasialklasse) der „Slovenska Vila“ und ihr baldiges Wiedererscheinen ausgebracht, hervorzuheben ist, der auch den lebhaftesten Beifall fand. Dem Feste wohnten der Herr Direktor Dr. Mittel und die meisten Professoren des Gymnasiums, dann die Eltern, Freunde und Bekannte mehrerer Schüler und auch sehr viele andere Gäste bei.

— In der Gemeinde Dovško ist der Landmann Kaspar Kováč von Dolina zum Gemeinde-Borsteher gewählt worden.

Wiener Nachrichten.

Wien, 25. Juli.

In Abgeordnetenkreisen hat die unerwartete Nachricht des Sessionsschlusses die größte Sensation hervorgerufen.

— Zum Nachfolger des Freiherrn v. Bach als Botschafter in Rom soll nach der „Kreiszeit.“ Herr v. Hübler in Aussicht genommen sein.

— Wie die „Volkszeit.“ erfährt, soll gegen den Herzog von Augustenburg erst eingeschritten werden, wenn der König die österreichischen Staaten verlassen haben wird.

— Das Dresdener Sängerfest hat sein eigenes satyrisches Organ. Unter dem Titel „Fliegende Blätter“ wird während des Festes ein humoristischer Sänger-Telegraph erscheinen.

— Von österreichischen Schützen erhielten in Bremen folgende je einen silbernen Becher als Preis für 32 geschossene Punkte: Herr Troll aus Wien und die Herren Bergmann und Rastner aus Innsbruck.

— Das Tabakmonopol soll in Italien an eine Gesellschaft verpachtet werden, an deren Spitze Rothschild steht.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Original-Telegramm.

Wien, 26. Juli. Freiherr v. Lichtenfels wurde mittelst Kaiserlichen Handschreibens in den Ruhestand versetzt und ihm das Großkreuz des Stephansordens verliehen.

Das Herrenhaus erledigte die Vorlagen über die Kaschauer, Siebenbürger, Egerer und Tetschitzer Bahn. Hente lezte Sitzung.

Gastein, 24. Juli. Se. Majestät der König von Preußen ist heute um 6½ Uhr Abends hier eingetroffen.

Pest, 24. Juli. Den amtlichen Blättern zu folge wurde heute der Statthaltereirath dem neuernen Tavernicus, welcher gestern die Leitung der Geschäfte übernommen hat, vorgestellt, wobei Bischof Liptay das Wort führte.

Dresden, 24. Juli. Das „Dresdener Journal“ veröffentlicht ein Telegramm aus München, nach welchem der Minister Freiherr v. d. Pfolden gestern auf Einladung des Herrn v. Bismarck nach Salzburg abgereist ist.

Turin, 24. Juli. Aus guter Quelle wird versichert, Spanien werde den Marquis d'Ulloa nach Turin senden. Der italienische Gesandte in Lissabon werde Gesandter in Madrid.

New-York, 15. Juli. Eine Rede des Ministers des Innern tadelte den Angriff Frankreichs gegen das schwache Mexiko und wünscht, Amerika möge letzteres beschützen. Eine Rede des Generalpostmeisters Blair sagt: Seward's Politik entchre Amerika; Präsident Johnson theile die Politik der Minister nicht.

Vera-Cruz, 1. Juli. General Castagny schlug die Republikaner. Letztere waren siegreich in Michoacan. General Regules hat Uruapan nebst der kaiserlichen Garnison von 300 Mann genommen.

Markt- und Geschäftsbericht.

Neustadt, 24. Juli.

(Wochenmarkt-Preise.) Weizen pr. Mezen fl. 4.40; Korn fl. 2.90; Gerste fl. 2.30; Hafer fl. 1.60; Halbfrucht fl. 3.40; Heiden fl. 2.80; Hirse fl. —; Rukuruz fl. 2.80; Erdäpfel fl. —; Linsen fl. 4.80; Erbsen fl. 4.16; Fisolen fl. 4.40; Rindsfleisch pr. Pfund fr. 40; Schweineschmalz fr. 40; Speck, frisch fr. —; detto geräuchert fr. 35; Butter fr. 45; Eier pr. Stück fr. 1; Milch pr. Mah fr. 10; Rindfleisch pr. Pfund fr. 18; Kalbfleisch fr. 14; Schweinfleisch fr. —; Schöpsefleisch fr. 10; Hähnchen pr. Stück fr. 30; Tauben fr. 18; Huhn pr. Br. fl. 1.50, Stroh fl. 1.20; Holz hartes, pr. Klafter fl. 6.20, detto weiches fl. —; Wein, rother, pr. Eimer fl. 4.—, detto weißer fl. 3.—.

Telegraphische

Effekten- und Wechsel-Kurse
an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.
Den 25. Juli.

5% Metalliques 69.35	1860-er Anteile 91.05
5% Nat.-Anteile 74.55	Silber . . . 107.—
Bauaktien . . . 795.—	London . . . 109.80
Kreditaktien . . . 176.40	k. k. Rentaten 5.24

Fremden-Anzeige

vom 24. Juli.

Stadt Wien.

Die Herren: Ferrel, k. k. Oberleutnant, von Triest. — Betsay, Agent, von Osca — Brankel, Kaufmann, und Weber von Wien — Georgowitsch, Kaufmann, von Nitrovic. — Pacher, Director, aus Oberkrain — Schmid, Bergverwalter, von Graßnig. — Kramer, Handelsmann, von Gottschee — Baron Aysaltein, Gutsbesitzer, von Grünhof.

Freun von Guloz, Ehrenstifts-Dame von Benedig.

Elephant.

Die Herren: Blomf, k. k. Hauptzollamt-Chefetor, von Sisic. — Pecker und Engel, Kaufleute, und Bernau, Privat, von Wien. — Tr. v. Handelsmann, von Meggatz. — Gisl, Handelsmann, von Klosterneuburg. — Bis., Feldgräflicher, aus Dalmatien — Goboznits, Gewerbe, von Signer.

Herr Manlogh und Fel. Celiška von Triest.

(1483—1)

Nr. 2395.

Erinnerung

an die unbekannt wo befindlichen Christine, Franziska und Johanna Kauschek und rücksichtlich deren allfällige Erben.

Von dem k. k. Bezirksamt Nassensuß, als Gericht, wird den unbekannt wo befindlichen Christine, Franziska und Johanna Kauschek und rücksichtlich deren allfälligen Erben erinnert, daß der über das Abschreibungs- und Löschungs-Gesuch der Gertraud Lubi, verehelichten Koschek, von Mladovine und des Stephan Guelbar von Oberdorf, betreffend die Realität Ref. Nr. 502479 und 1052 ad Herrschaft Klingenfels für sie ergangene Bescheid ebd. 28. Dezember 1864, Z. 2697, dem ihnen unter Einem bestellten Curator ad actum Herrn Josef Pebani, k. k. Notar zu Nassensuß, zugesellt worden ist.

k. k. Bezirksamt Nassensuß, als Gericht, am 5. Juli 1865.

(1475—2)

Nr. 1724.

Erinnerung

an die unbekannt wo abwesenden Mathias und Johann Kovizb.

Von dem k. k. Bezirksamt Littai, als Gericht, wird den unbekannt wo abwesenden Mathias und Johann Kovizb hiermit erinnert:

Es habe Johann Brodar von Jesenje Haus - Nr. 3 wider dieselben die Klage auf Verjährungs-Anerkennung und Gestattung der grundbüchlichen Löschung ihrer mütterlichen Erbschafts-Forderungen à 109 fl. 56² kr. G. M. aus dem auf der im Grundbuche Poganc sub Rts. Nr. 1 vorkommenden Realität intabulierten Schuldchekl. ebd. 31. Dezember 1829 sub prae. 15 Mai 1865, Z. 1724, hiermit eingebrocht, worüber zur ordentlichen mündlichen Verhandlung die Tagfahzung auf den

28. September 1. J. früh 9 Uhr, mit dem Anhange des §. 29 a. O. angeordnet, und den Geplagten wegen ihres unbekannten Aufenthaltes Valentin Suponzich, Grundbesitzer von Oberböditz als Curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen andern Sachwalter zu bestellen und ander namhaft zu machen habe, widrigs diese Rechtsache mit dem aufgestellten Curator verhandelt werden wird.

k. k. Bezirksamt Littai, als Gericht, am 26. Juni 1865.

(1476—2)

Nr. 1898.

Erinnerung

an die unbekannten Prätendenten auf das Eigentum mehrerer, im Weingebirge Kremencik und Sevno, Steuergemeinde Polane liegenden Grundparzellen Nr. 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 544 b, 544 c, 595, 596, 597 und 598, im Flächenmaße von 4 Joch, 658 Quadr.-Klafter.

Bon dem k. k. Bezirksamt Littai, als Gericht, wird den unbekannten Prätendenten auf das Eigentum mehrerer, im Weingebirge Kremencik und Sevno, Steuergemeinde Polane liegenden Grundparzellen Nr. 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 544 b, 544 c, 595, 596, 597 und 598, im Flächenmaße von 4 Joch, 658 Quadr.-Klafter.

Es habe Matthäus Draxler von Kozovia, durch seinen Machtboher Herrn Johann Terpin in Littai, wider dieselben die Klage auf Anerkennung des Eigentums auf obige Parzellen und Gestattung der bücherlichen Einverleibung des Eigentumsrechtes auf seinen Namen sub praes. 29. Mai 1865, Z. 1898, hiermit eingebrocht, worüber zur ordentlichen mündlichen Verhandlung die Tagfahzung auf den

28. September 1. J. früh 9 Uhr mit dem Anhange des §. 29 a. O. hiermit angeordnet, und den Geplagten wegen ihres unbekannten Aufenthaltes Josef Temiz, Grundbesitzer von Bischiger als Curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen anderen Sachwalter zu bestellen und ander namhaft zu machen haben, widrigs diese Rechtsache mit dem aufgestellten Curator verhandelt werden wird.

k. k. Bezirksamt Littai, als Gericht, am 1. Juli 1865.

(1477—2)

Nr. 2152.

Erinnerung

an Mathias Körpar, unbekannten Aufenthaltes, und dessen ebenfalls unbekannte Erben und Rechtsnachfolger.

Von dem k. k. Bezirksamt Littai, als Gericht, wird dem Mathias Körpar, unbekannten Aufenthaltes, und dessen ebenfalls unbekannten Erben und Rechtsnachfolger hiermit erinnert:

Es habe Georg Gerer von Presovja bei Titra Nr. 7 wider dieselben die Klage auf Anerkennung der Versährung und Gestattung der grundbüchlichen Löschung der auf der im Grundbuche der Herrschaft Ponoviz sub Rts. Nr. 116 vorkommenden Realität aus dem Schulschein vom 8. März 1834 bestehenden Forderung pr. 80 fl. G. M. c. s. c. sub praes. 22. Juni 1865, Z. 2152, hiermit eingebrocht, worüber zur ordentlichen mündlichen Verhandlung die Tagfahzung auf den

29. September 1865, früh 9 Uhr, mit dem Anhange des §. 29 a. O. angeordnet, und den Geplagten wegen ihres unbekannten Aufenthaltes Herr Georg Kolbe, Grundbesitzer von Bazb als Curator ad actum auf ihre Gefahr und Kosten bestellt wurde.

Dessen werden dieselben zu dem Ende verständigt, daß sie allenfalls zu rechter Zeit selbst zu erscheinen, oder sich einen anderen Sachwalter zu bestellen und ander namhaft zu machen haben, widrigs diese Rechtsache mit dem aufgestellten Curator verhandelt werden wird.

k. k. Bezirksamt Littai, als Gericht, am 3. Juli 1865.

(1482—1)

Nr. 3404.

Dritte**erekutive Feilbietung.**

Vom k. k. Bezirksamt Stein, als Gericht, wird bekannt gemacht, daß über Einschreiten des Andreas Sveulin von Grünhof gegen Michael Traun von Moste die mit diesgerichtlichem Bescheid ebd. 7. März 1865, Z. 1138, auf den 6. Juli 1. J. angeordnet gewesene dritte Real-Feilbietung-Tagfahzung der dem Exekuten gehörigen, im Grundbuche des Gutes Thurn unter Neuburg sub Rts.

Nr. 96 vorkommenden, auf 2068 fl. 60 kr. bewerteten Realität auf den

19. September 1. J. Vermittags von 9—12 Uhr, in der Gerichtskanzlei angeordnet wurde, bei welcher Tagfahzung diese Realität auch unter dem Schwäzungswert an den Meistbietenden hingetragen werde, und daß das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextrakt und die Visitationsbedingungen in den gewöhnlichen Amtsstunden hiermit eingesehen werden können.

k. k. Bezirksamt Stein, als Gericht, am 5. Juli 1865.

(1471—2)

Nr. 3140.

Dritte**erekutive Feilbietung.**

Das k. k. Bezirksamt Feistritz, als Gericht, macht bekannt, daß die in der Exekutionsache des Alois Perenig von Planina, gegen Maria Schein von Gradenbrunn polo. 225 fl. 2¹/₂ kr. mit Bescheid ebd. 6. Dezember 1864, Z. 5843, auf den 30. Juni 1. J. angeordnete 2. Realfeilbietung mit dem als abgehalten angesehen wird, daß es bei der am

1. August 1865 anberaumten 3. Realfeilbietung zu verbleiben habe.

k. k. Bezirksamt Feistritz, als Gericht, am 20. Juni 1865.

(1472—2)

Nr. 4030.

Zweite**erekutive Feilbietung.**

Mit Bezug auf das Edikt vom 2. Juni 1865, Z. 2733, wird erinnert, daß in der Exekutionsache des Andreas Roiz von Verbica, gegen Josef Roiz von dort Nr. 20 polo. 60 fl. c. s. c. am

19. August 1865, früh 9 Uhr, hiermit zur zweiten Realfeilbietung geschritten wird.

k. k. Bezirksamt Feistritz, als Gericht, am 18. Juli 1865.

(1474—2)

Nr. 1581.

Exekutive Feilbietung.

Von dem k. k. Bezirksamt Littai, als Gericht, wird bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen des Barthélémy Groschel von Untertepe, durch dessen Machtboher Herrn Johann Terpin, die exekutive Feilbietung der, dem Anton Gerzbar von Villachberg Nr. 17 gebörgigen Kauffchilling-Forderung pr. 300 fl. G. M. welche auf der dem Josef Goritsch gehörigen, im Grundbuche der Pfarrgilde Scharfenberg sub Rts. Nr. 131 vorkommenden Hubrealität mit

1486—1

dem Kaufvertrage vom 14. September 1858 intabulirt ist, wegen schuldiger 63 fl. c. s. c. bewilligt, und zu deren Vornahme die Tagfahzungen auf den

17. August und

1. September 1865,

jedesmal Vermittags um 10 Uhr, in der Gerichtskanzlei mit dem Besitze angeordnet worden, daß obgedachte Forderung erst bei der zweiten Tagfahzung allenfalls auch unter dem Neunwerthe hingetragen werden würde.

k. k. Bezirksamt Littai, als Gericht, am 1. Juli 1865.

(1195—3)

Fenster-Rouleur.

Durch den Ankau einer großen Parthei derselben bin ich in der Lage, solche von nun an bis auf weitere Anzeige in verschiedenen Farben gemalt und in der Größe von 6' 5" Höhe, 3' 8" Breite mit fl. 1.80 kr. verkaufen zu können, so wie auch das ganze Bugehör auf das Billigste berechnet wird.

Auch liegen zur Ansicht bereit, die neuesten und geschmackvollsten Muster von in- u. ausländischen

Papier-Tapeten

von 30 kr. bis 5 fl. öst. W. per Rolle à 10 Ellen.

Albert Trinker,
Hauptplatz Nr. 239.

(1485—1)

Für Zeitungsleser!

Es wird ein Compagnon zur Hälfte gesucht, um das Journal „Ost-Deutsche Post“, ein anderer, um das Journal „Die Debatte“ gemeinschaftlich zu halten.

Auskunft hierüber in der Handlung des Herrn Gustav Stedry „zum weißen Elefanten.“

Nähere Auskunft im Comptoir der „Laibacher Zeitung.“

Ein Mädchen,
mächtig der deutschen und slovenischen Sprache und aller weiblichen Handarbeit, wünscht in einem soliden Hause als Bonne oder in einem Gewölbe zu unterkommen.

Nähere Auskunft im Comptoir der „Laibacher Zeitung.“

Dank.

Für die zahlreiche Beteiligung an dem Leichebegängnisse meiner innigst geliebten Gattin spreche ich den wärmsten Dank aus.

Laibach am 25. Juli 1865.

(1488)

Franz Perless.

Wegen eingetretener regnerischer Witterung kann das Casino-Gartenfest am 26. Juli 1865 nicht stattfinden, und wird auf einen, erst nächstens zu bestimmenden Tag übertragen.

Von der Direction des Casino-Vereines.

Laibach am 25. Juli 1865.

(1487)

In der neu errichteten Laibacher Preßgerm- & Branntwein-Erzengung ist echter Kornbrauntwein en gross en detail zu haben.

Auch werden bereitwilligst auf Verlangen Muster von Preßgerm, wie Branntweine zugeschickt. Auswärtige Bestellungen werden gegen Nachnahme prompt effektuiert.

(1466—2)

A. Wellunsberg & Comp.